

Notizen

Im Alter von 61 Jahren starb am 10. November Peter Beier, der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland. Beier, gebürtiger Schlesier, war seit 1989 Präses der nach ihrer Mitgliederzahl zweitgrößten EKD-Gliedkirche. Unter den kirchenleitenden Persönlichkeiten im deutschen Gegenwartsp protestantismus fiel er durch seine unkonventionelle, nicht immer bequeme Art auf. Beier war ein mitreißender Prediger mit der Gabe der pointierten, bildkräftigen Formulierung. Sein besonderes Engagement galt dem Thema Europa, vor allem auch dem stärkeren Zusammenwachsen der protestantischen Kirchen Europas nach der Wende.

Da über die Einstellung der Deutschen zum Thema Sterben keine aussagekräftigen Untersuchungen vorgelegen hätten, hat die Deutsche Hospiz Stiftung in Dortmund eine solche Befragung beim EMNID-Institut, Bielefeld in Auftrag gegeben und deren Ergebnisse Ende Oktober veröffentlicht: 14 Prozent der Befragten gaben an, daß sie vorbereitet, bewußt, nicht allein, sondern begleitet sterben wollten; 62 Prozent wünschten sich einen unerwarteten, kurzen und schmerzlosen Tod. Die meisten Menschen sterben, so die Hospizstiftung, an Krankheiten, so daß es ihnen einige Zeit vorher schon bewußt sei, daß sie sterben müssen. 41 Prozent der Befragten bestätigten die Aussage, in Deutschland würden die meisten Menschen einsam, anonym und unwürdig sterben.

Die in Wittenberg Mitte November tagende Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen hat mit großer Mehrheit den 47jährigen Pfarrer Axel Noack aus Wolfen zum neuen Bischof gewählt. Der Nachfolger von Bischof Christoph Demke, früheres Mitglied in Synode und Leitung des Evangelischen Kirchenbundes der DDR, gehört seit 1991 Synode und Rat der EKD an.

Etwa 1000 Ärzte und 300 Medizinstudenten nahmen Ende Oktober an einem Kongreß unter dem Motto „Medizin und Gewissen“ teil, den die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) zur Erinnerung an den Nürnberger NS-Ärzteprozeß vor 50 Jahren veranstaltete. In einer zum Abschluß verlesenen Erklärung heißt es, das gesundheitliche Interesse und Wohl des einzelnen Menschen müsse gegen alle Ansprüche von

anderer Seite verteidigt werden. Für ärztliches Handeln sei die Achtung der autonomen Entscheidung des Patienten nach seiner bestmöglichen Aufklärung unbedingtes Gebot. Vor fremdnütziger Forschung müsse er geschützt werden. Die Nürnberger Erklärung fordert auch die öffentliche Transparenz medizinischer Forschungsprojekte, weil in der gesellschaftlichen Akzeptanz ein notwendiges Korrektiv liege.

Ein „offenes Jerusalem“ als Hauptstadt zweier Staaten fordert eine Gemeinsame Erklärung der christlichen Kirchen in Jerusalem als Reaktion auf die Unruhen der letzten Monate. Solange Israel seine ausschließliche Souveränität über Jerusalem aufrechterhalte und die „Judaisierung“ der Stadt fortsetze, werde Jerusalem niemals eine Stadt des Friedens sein. Die Erklärung möchte ein Jerusalem als „Modell friedlicher Koexistenz des palästinensischen und des israelischen Volkes“, als „Symbol authentischer Brüderlichkeit und Toleranz“ zwischen Islam, Judentum und Christentum.

Nach den Ergebnissen einer im „Missionsdienst“ der Missionszentrale der Franziskaner vorgestellten Studie des Brasilianischen Instituts für Statistik hat die katholische Kirche in den zehn Jahren zwischen 1980 und 1990 rund zehn Prozent ihrer Gläubigen an „Sekten“ verloren, deren Zahl in Brasilien auf mindestens 4000 geschätzt wird. Heute würden sich weniger als 80 Prozent der Brasilianer zum katholischen Glauben bekennen. Neben der „Universellen Kirche von Gottes Herrschaft“, der größten der sogenannten „Pfingstkirchen“, die in Brasilien allein zwei Fernsehkanäle, 26 Radiostationen, drei Tageszeitungen und zwei Zeitschriften besitzt, agierten weitere „Sekten“ mit Namen wie „Gottes Gemeinde“, „Christliche Vereinigung von Brasilien“, „Gott ist Liebe“ und die „Vier Evangelien“.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden registrierte für das erste Quartal 1996 33 500 Schwangerschaftsabbrüche. Nach Angaben des Bundesamtes sind dies 8900 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dabei müsse jedoch berücksichtigt werden, daß die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche für 1995 noch nach den bis Ende des vergangenen Jahres geltenden gesetzlichen Bestimmungen ermittelt worden sei. Die seit dem 1. Januar geltende Neuregelung verringere die Dunkelziffer

und erfasse somit „zwangsläufig“ mehr Abbrüche. Die Schwangerschaftsabbrüche erfolgten im ersten Quartal 1996 in 96,2 Prozent der Fälle nach der Beratungsregelung. Indikationen seien nur in 3,8 Prozent der Fälle als Begründung für einen Abbruch angegeben worden. 3,6 Prozent der betroffenen Frauen waren demnach unter 18 Jahre alt, mehr als die Hälfte verheiratet. Der Zeitpunkt der Eingriffe lag in fast 70 Prozent der Fälle zwischen der 6. und der 10. Schwangerschaftswoche.

Das Diözesanforum des Bistums Münster trat vom 24. bis 27. Oktober zu seiner ersten Vollversammlung zusammen. Drei Sitzungsperioden sind geplant. Bischof Reinhard Lettmann sicherte den 147 Delegierten zu, alle die Ebene der Bischofskonferenz oder die Weltkirche betreffenden Beschlüsse, unter Umständen mit seinem eigenen gegenläufigen Votum, weiterzureichen. In seinem Eröffnungsreferat meinte der Münsteraner Neutestamentler Thomas Söding, die heutigen Menschen seien nicht weniger religiös als früher, sie seien nur weniger kirchlich gebunden. Die Verlebendigung der Gottesrede setze einen persönlichen Glaubenszugang voraus. Zu einer eigenen Glaubensentscheidung komme es jedoch nur, wenn diese zugleich eine Entscheidung für „bewußte Kirchlichkeit“ sei.

Zu einer „politischen Lösung“ im Konflikt in Ostzair haben die französischen Bischöfe aufgerufen. In einer während der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz in Lourdes (vgl. ds. Heft, 645) veröffentlichten Erklärung des neuen Konferenzvorsitzenden, Erzbischof Louis-Marie Billé, heißt es, humanitäre Hilfe sei zwar das Gebot der Stunde, doch müßten langfristige politische Lösungen gesucht werden, um einen gerechten Frieden aufzubauen. Die Bischöfe appellieren an die internationale Gemeinschaft, sich angesichts dieses Konfliktes zu engagieren. Die Ereignisse in Ostzair scheinen zwar weit entfernt zu sein, Verantwortung trügen jedoch auch die europäischen Länder.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe ist je eine Beilage von Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, Verlagsgruppe Engagement, KNA Katholische Nachrichten-Agentur, Bonn (Verlegerbeilage) und eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.